



## UNSERE WELTORDNUNG AUF DEM PRÜFSTAND

**Warum Medien-  
politik auch Sicher-  
heitspolitik ist**

**Markus Blume**

Stellvertretender CSU-Generalsekretär

**DER ANFANG VOM ENDE  
DER LIBERALEN WELTORDNUNG?**

**BREXIT ZUM 60. GEBURTSTAG**

*Wie geht's weiter?*

**DIE NATO IM IRAK**

*Langfristig denken*

**POLIZEI UND BUNDESWEHR**

*Gemeinsam schützen wir Bayern*

**STANDPUNKT:  
ARMEE MIT GELBER FLAGGE**



Florian Hahn MdB

## LIEBE LESERINNEN UND LESER, LIEBE FREUNDE DES ASP,

der Blick in die Glaskugel ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden. Wer hätte in der Nacht vom 23. Juni 2016 gedacht, dass sich die Mehrheit der britischen Wähler gegen den Verbleib in der EU entscheidet? Und trotz eines „Nach dem Brexit ist alles möglich“-Gefühls glaubte auch keiner wirklich daran, dass Donald Trump der nächste Präsident werden könnte. Es stimmt, Politik sollte immer ein Seismograf der Lebenswirklichkeit sein. Aber wie können wir reagieren, wenn wir nicht mehr vorhersagen können, wie sich ein Großteil der Bevölkerung entscheiden wird?

Klar ist: Wir sollten nicht in Schockstarre verfallen, sondern die Herausforderungen durch Brexit und US-Wahlergebnis als Chance begreifen, den eigenen Vorgarten wieder einmal umzugraben. Ich glaube fest daran, dass die europäische Idee, genauso wie die Werte unserer transatlantischen Freundschaft, längst keine Vergangenheit sind. Aber, um zur Zukunft zu gehören, müssen wir kritisch reflektieren, wie es so weit kommen konnte. Wir müssen die europäische Idee mit einem neuen Geist beleben und uns auf die großen Themen konzentrieren. Wir müssen zeigen, dass eine liberale freiheitliche Weltordnung, von der wir sehr profitieren, nur durch Multilateralismus und Kooperation gelingen kann.

Auch verteidigungspolitisch müssen wir lernen, sicherer auf eigenen Beinen zu stehen und mehr in unsere Sicherheit zu investieren. Denn die Ereignisse seit 2013 haben die Welt dauerhaft und spürbar verändert, unsere etablierten Verteidigungsstrukturen werden in neuer Form herausgefordert. Nur mit einem ganzheitlichen strategischen Ansatz, der ressortübergreifend agiert, gesamtgesellschaftlich ertüchtigt und auf Partnerschaften baut, können wir Stabilität und Sicherheit schaffen. Garant für ein handlungsfähiges Deutschland ist dabei jetzt und in der Zukunft unsere Bundeswehr. Entscheidend ist daher, dass wir, gerade mit Blick auf die Einsparungen in den letzten Jahren, das Leistungsvermögen und vor allem die Ausrichtung der Bundeswehr neu bewerten und konsequent ausgestalten. Eine stärkere Akzentuierung der Landes- und Bündnisverteidigung einschließlich der Abschreckung sind notwendig. Die Trendwenden „Material“ und „Finanzen“ bieten hierbei eine erste Basis – müssen aber jetzt beharrlich weiter umgesetzt und erweitert werden.

Wichtig ist darüber hinaus, dass wir uns den Kern unserer Widerstandsfähigkeit, sprich unsere gemeinsamen Werte und die Übereinkunft, diese zu verteidigen, wieder stärker ins Bewusstsein rufen. Neue Bedrohungen wie Cyber-Angriffe, staatsfeindliche Ideologien und Terrorismus richten sich direkt gegen unser Gemeinwesen und somit gegen uns als Bürgerinnen und Bürger. Jeder Einzelne sollte sich deshalb seiner Verantwortung, seiner Rechte, aber auch seiner Pflichten als Bürger einer Demokratie bewusst sein. Konkret brauchen wir eine wehrhafte, widerstandsfähige und willensstarke Gesellschaft, die als Rückgrat eines sicheren und freiheitlichen Deutschland fungiert. Entscheidend ist dabei ein Staatsverständnis, das sich nicht auf die Exekutive beschränkt. Wenn Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herausgefordert werden, müssen wir als Gemeinschaft handlungsfähig sein.

Mit besten Grüßen  
Ihr Florian Hahn MdB,  
Landesvorsitzender des ASP



Prof. James Bindenagel

## DER ANFANG VOM ENDE DER LIBERALEN WELTORDNUNG?

VON PROF. JAMES BINDENAGEL,  
HENRY-KISSINGER-PROFESSOR UND LEITER DES CENTER FOR INTERNATIONAL SECURITY AND GOVERNANCE AN DER UNIVERSITÄT BONN

In seiner bisherigen Amtszeit erließ US-Präsident Donald Trump eine Flut an präsidentialen Dekreten, die zusammen mit seinen inkohärenten Aussagen die Welt geschockt und zu Rissen in der liberalen Weltordnung beigetragen haben. Eine Weltordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam von USA und Europa aufgebaut wurde und die sich derzeit ohnehin durch Flüchtlingsproblematik, territoriale Streitigkeiten im asiatisch-pazifischen Raum, Ukraine-Konflikt in Europa und ISIS und syrischen Bürgerkrieg im Mittleren Osten in einem chaotischen Zustand befindet.

Mit seinem kürzlich veröffentlichten Vorschlag eines US-Haushaltsbudgets für das Jahr 2018 untermauerte Trump erneut seine Devise: „America First“. Er will mehr finanzielle Mittel für das US-Militär, die Terrorismusabwehr und den Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko aufwenden anstatt für Projekte der internationalen Gemeinschaft wie internationale Entwicklungshilfe und den Klimaschutz.

Aus der Sicht des neuen US-Präsidenten reiben sich die Vereinigten Staaten in den Krisen dieser Welt auf, indem sie sich zu stark um die Probleme anderer Nationen kümmern. Für die politische, wirtschaftliche und militärische Stärkung anderer Nationen ausgegebenes Geld ist in Trumps Augen verschwendet – eine Ansicht, die der Auffassung der vor ihm regierenden republikanischen und demokratischen Präsidenten bis hin zu Harry Truman und dem Marshallplan widerspricht. Der neue US-Präsident setzt auf bilaterale Abkommen und die Zusammenarbeit mit dem historisch engsten Verbündeten Großbritannien. Der Brexit und populistische Strömungen

in anderen Ländern der EU werden von der neuen US-Regierung überraschenderweise befürwortet – eine erstaunliche Umkehr der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Europa nach sieben Jahrzehnten unerschütterlicher Unterstützung für die europäische Integration, die zur fortschreitenden Auflösung der multilateralen Weltordnung beiträgt.

So haben Trumps Handlungen in den ersten Monaten als US-Präsident das Vertrauen der wichtigsten Partner der USA, der Europäer und insbesondere der Deutschen, zeitweise zutiefst erschüttert. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ es sich in ihrer Gratulation an den neuen amerikanischen Präsidenten nicht nehmen, auf historisch gewachsene, gemeinsame Werte der engen Partnerschaft zwischen den USA und Deutschland wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde hinzuweisen.

Auch beim ersten persönlichen Aufeinandertreffen machte Merkel erneut klar, dass die Partnerschaft mit den USA für die Bundesrepublik den Grundstein der deutschen Außenpolitik darstellt und es auch in Zukunft bleiben soll. Wohlwissend, dass die derzeit stattfindende Auflösung der westlichen Weltordnung durch die Wahl Donald Trumps und eine mögliche zukünftige isolationistische Politik der Vereinigten Staaten von Amerika beschleunigt werden würde.

Schon auf der Münchener Sicherheitskonferenz in diesem Jahr machten Regierungsvertreter der USA entschieden klar, dass die Vereinigten Staaten zwar zu Europa und zur NATO stehen, sie aber eine umfassende Steigerung der Ausgaben



der europäischen Mitglieder auf die viel diskutierte 2%-Marke für unabdingbar halten. Ob Trump eine langfristige Erhöhung der Verteidigungsetats bis 2024 – wie 2014 beim Nato-Gipfel in Wales vereinbart – akzeptiert, ist nach den Erfahrungen mit seinem bisherigen, auf kurzfristige Erfolge ausgelegten Politikstil mehr als fraglich.

Deutsche Kritik an der Finanzierung der NATO sollte jedoch verhalten geäußert werden, denn sie kann auch zu Verstimmungen innerhalb der transatlantischen Allianz und mit den USA führen. Die Mitglieder auf dem alten Kontinent müssen mehr Verantwortung innerhalb des Bündnisses übernehmen. Sei es in Bezug auf die gemeinsame Anschaffung von zeitge-

mäßen und einheitlichen Waffensystemen oder die Bereitstellung von Truppen.

Wir befinden uns an einem Wendepunkt der transatlantischen Beziehungen, an dem Deutschland innerhalb der Partnerschaft zur Übernahme von Verantwortung aufgerufen ist. Eine vorsichtige Politik des Abwartens scheint verlockend,



doch die Bundesrepublik muss für die gemeinsamen, den Grundstein der transatlantischen Beziehungen bildenden Werte einstehen. Nicht nur die europäischen Partner erwarten die Übernahme von internationaler Verantwortung wie bei den Verhandlungen des MINSK-Abkommens, sondern auch die USA. Die diplomatischen Fähigkeiten Deutschlands sind auch ein Faustpfand für die transatlantischen Beziehungen bei Verhandlungen mit autokratischen Staaten.

Deutschland kristallisiert sich aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seiner politischen Stabilität in der derzeitigen Schwächephase der EU als Führungskraft des Kontinents heraus – eine Rolle, die das Land aufgrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts und der damit verbundenen Ressentiments nur zögerlich annimmt. Die Krux für Deutschland besteht in der Übernahme von Verantwortung, ohne als zu mächtige Nation im Zentrum Europas zu erscheinen. Sollte die französische Bevölkerung bei den bevorstehenden Wahlen den Versuchungen des Front National widerstehen und gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgehen, so könnte ein mögliches Wiederbeleben der alten innereuropäischen Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland ein positives Signal für die EU, die USA unter Donald Trump, den Westen als Ganzes und letztendlich auch für die liberale Weltordnung bedeuten. Donald Trump hingegen sollte die etablierten Werte der transatlantischen Beziehungen und der liberalen Weltordnung ernst nehmen und in seine Außenpolitik einarbeiten. Individuelle Abmachungen mit den Führungspolitikern der Welt basierend auf den Grundsätzen seines Geschäftslebens zu treffen, ohne an die oft weitreichenden Konsequenzen für die internationale Sicherheitsarchitektur zu denken, würde den Zusammenhalt der westlichen Welt ernsthaft gefährden. Die auf einer außenpolitischen Vision gründende „Strategic Patience“ seines Vorgängers Barack Obama scheint schon jetzt ein Relikt vergangener Zeiten zu sein.

# BREXIT ZUM 60. GEBURTSTAG DER EU – WIE GEHT'S WEITER?

## MARKUS FERBER IM INTERVIEW



Markus Ferber, MdEP

In diesem Jahr feiert die Europäische Union (EU) den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Gründungsverträge, die Geburtsstunde der heutigen EU. Doch nie zuvor wurde die Gemeinschaft an so vielen Stellen auf die Probe gestellt wie heute. Nur gut ein Drittel der Europäer hatte 2016 ein eindeutig positives Bild von der EU oder Vertrauen in die Institutionen. Als Markus Ferber 1994 mit gerade 29 Jahren zum ersten Mal ins Europäische Parlament gewählt wurde, war die Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Vertrag von Maastricht gerade beschlossene Sache. Seit 23 Jahren darf er als Mitglied des Europäischen Parlaments an der Geschichte der EU und der europäischen Einigung – wie der Euro-Einführung und der Osterweiterung – mitarbeiten. Wie er sich das schlechte Image der EU erklärt, welche Lehren er daraus zieht und was ihm trotz aktueller Krisen Mut für die Zukunft der EU macht, erklärt er im Interview mit BULLETIN.



**Der Austritt der Briten aus der EU rückt näher. Wie sollte die EU damit umgehen?**

„Für Trauerarbeit bleibt keine Zeit. Der Wahlkampf in Großbritannien und das Warten auf die offizielle Austrittserklärung hat die Arbeit der gesamten EU in den letzten Monaten gehemmt. Möglichst rasch geklärt werden müssen die Themen, die am meisten Verunsicherung verursachen: Dürfen EU-Bürger bleiben? Wie viel muss Großbritannien noch zahlen? Was sind die Folgen des Ausscheidens Großbritanniens aus der Zollunion für die Grenze zwischen Irland und dem britischen Nordirland, also der künftigen EU-Außengrenze?“

**Euro, Reisefreiheit und ein gemeinsamer Binnenmarkt – was die EU für ihre 500 Millionen Bürger auch erreicht hat – es genügt nicht, um die Briten zu halten. Woher kommt das schlechte Image?**

„Aus sechs Gründungsstaaten ist heute ein Riese mit 28 Mitgliedern geworden, mit dem die europäischen Bürgerinnen und Bürger fremdeln. Brüssel ist weit weg und den Menschen erschließt sich nicht, was EU-Kommission, Rat und Parlament in Brüssel und Straßburg tun. Viele Errungenschaften sind eine Selbstverständlichkeit geworden, über die niemand mehr nachdenkt. Aber die EU wird leider zu Recht auch als bürokratisches Monster empfunden, das sich in viel zu viele nationale Belange einmischt statt sich um die eigentlich wichtigen Fragen zu kümmern. Die Le Pens, Wilders und Petrys in ganz Europa verleihen diesem Grundmurren ein Ventil, aber bieten keine Lösungen an.“

**Brauchen wir die EU überhaupt noch?**

„Die Frage ist nicht, ob wir Europa brauchen, sondern welches Europa! Der Brexit zwingt uns endlich dazu, uns vor Augen zu führen, wie es ohne EU wäre. Ich bin davon überzeugt, wir brauchen die Zusammenarbeit mehr als je zuvor, denn gerade in der Außenpolitik stehen der EU harte Jahre bevor. Ein Ende der um uns herum existierenden Krisen direkt vor der Haustüre der EU – in Nordafrika, Syrien und der Ukraine – sind nicht in Sicht und die weltpolitische Lage wird mit einem US-Präsidenten Donald Trump unberechenbarer werden. In einer Welt ohne EU wären die einzelnen Mitgliedstaaten in der internationalen Hackordnung der politischen Mächte nur noch Zwerge unter den Riesen China, USA und Russland. Will Europa in der Welt Gehör finden und seine eigenen Interessen durchsetzen, muss es lernen mit einer Stimme zu sprechen.“

**Dann liegt das Problem gar nicht an Brüssel, sondern in den Hauptstädten?**

„Es liegt größtenteils tatsächlich am Willen der Mitgliedstaaten besser zusammenzuarbeiten und Kräfte effektiver zu bündeln. Die EU kann nur das leisten, was die Mitgliedstaaten ihr übertragen. Aber vielleicht haben wir genau jetzt ein Momentum und die Chance, dass die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik vertieft werden kann und Synergien besser genutzt werden.“

**Seit dem Brexit-Schock im vergangenen Jahr brütet die EU über ihre Zukunft. Wo geht es hin? Sehen Sie die aktuelle Krise auch als Chance für eine Neuausrichtung der EU?**

„Damit der beschlossene Austritt Großbritanniens nicht der Anfang vom Ende wird, geht es in erster Linie darum, die

vorhandenen Probleme zu lösen. Überzeugende Antworten auf konkrete Probleme sind das beste Mittel gegen Populismus. Große Probleme, die alle betreffen, müssen in Brüssel gelöst werden und Kleinigkeiten können vor Ort gelöst werden. Mich ärgert es, dass wir in Brüssel über Dinge wie den Bleigehalt von Buntstiften diskutieren, aber es auf der anderen Seite nicht gebacken kriegten, uns auf eine faire Verteilung von Flüchtlingen in Europa zu einigen. Das ist doch genau das, was auch den Unmut bei den Bürgerinnen und Bürgern verursacht.“

**Kommissionspräsident Juncker hat in seinem vorgelegten Weißbuch 5 Szenarien für die Zukunft der EU zur Debatte gestellt. Welches ist ihr Favorit?**

„Für mich ist eines klar: Europa braucht keine neuen Institutionen, keine neuen Finanztöpfe und keine neuen Kompetenzen. Mein Favorit ist eine Mischung zwischen Szenario 3 und 4 – also „Wer mehr will, tut mehr“ und „Weniger, aber effizienter“. Die EU sollte sich auf ausgewählte Politikbereiche wie Innovationen, Sicherheit, Einwanderung, Grenzschutz und Verteidigung, also die „großen Fragen“ konzentrieren. Und wer darüber hinaus mehr leisten will und kann, soll, wie beispielsweise heute schon bei Schengen und Euro, voranschreiten.“

### Weißbuch zur Zukunft Europas

#### Szenario 1: Weiter so wie bisher

Die EU konzentriert sich auf die Umsetzung ihrer positiven Agenda.

#### Szenario 2: Schwerpunkt Binnenmarkt

Die EU kann sich nicht darauf verständigen, in vielen Politikbereichen, die über die Kernaspekte des Binnenmarkts hinausreichen, gemeinsam mehr zu tun.

#### Szenario 3: Wer mehr will, tut mehr

Die EU macht weiter wie bisher und erlaubt aber jenen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, in bestimmten Bereichen mehr gemeinsam zu tun.

#### Szenario 4: Weniger, aber effizienter

Die EU konzentriert sich darauf, in ausgewählten Bereichen rascher mehr Ergebnisse zu erzielen und zieht sich aus Tätigkeitsbereichen zurück, in denen davon ausgegangen wird, dass dadurch kein Mehrwert entsteht.

#### Szenario 5: Viel mehr gemeinsames Handeln

Die Mitgliedstaaten beschließen ihre Zusammenarbeit in allen Politikbereichen zu intensivieren.

Anzeige

## SICHERHEITSKONZEPTE FÜR AUSSERGEWÖHNLICHE ANWENDUNGEN



**ACS**  
ARMoured CAR SYSTEMS

**ACS Armoured Car Systems GmbH**  
Industriestraße 13  
86551 Aichach

Telefon: +49 8251 8926-0  
Fax : +49 8251 8926-0  
E-Mail: info@acs-armcar.com  
www.acs-armoured-cars.com

## DIE NATO IM IRAK LANGFRISTIG DENKEN



Dr. Stefanie Babst

**VON DR. STEFANIE BABST, LEITET DEN STRATEGISCHEN ANALYSE- UND PLANUNGSSTAB DES NATO-GENERALSEKRETÄRS UND VORSITZENDEN DES NATO-MILITÄRAUSSCHUSSES. DIE AUTORIN GIBT IN DIESEM BEITRAG AUSSCHLIESSLICH IHRE PERSÖNLICHE MEINUNG WIEDER.**

Es ist nur eine kleine Schar ziviler und militärischer Mitarbeiter, die sich seit Beginn dieses Jahres bemüht, die Ausbildungsmission der NATO im Irak auf die Beine zu stellen. Die achtköpfige Gruppe ist damit beschäftigt, einen der wichtigsten Beschlüsse des NATO-Gipfels in Warschau umzusetzen, nämlich eine militärische Ausbildungsmission in dem von islamischem Terror zerrütteten Irak auf den Weg zu bringen. Das "NATO Training and Capacity Building"-Programm soll die irakischen Streitkräfte beim Aufbau bestimmter militärischer Fähigkeiten unterstützen: bei der Entschärfung von Minen und Sprengfallen, der Bergung und medizinischen Versorgung von Verwundeten, der Instandsetzung von noch aus sowjetischen Militärbeständen stammenden gepanzerten Fahrzeugen, der Entwicklung von Sicherheitsreformen und ziviler Notstandsplanung. Jeden dieser Bereiche hat die Regierung in Bagdad auf ihrem Wunschzettel gegenüber der NATO speziell benannt. Die konkrete Unterstützung der NATO soll in Form verschiedener Ausbildungseinheiten erfolgen, an denen sich Angehörige der irakischen Streitkräfte, des Innenministeriums und Anti-Terrorereinheiten beteiligen können.

Im Februar 2017 hat der erste NATO-Kurs zum geübten Umgang mit Sprengfallen stattgefunden, an dem sich knapp 30 Iraker beteiligten. Weitere Ausbildungsabschnitte sind geplant, aber ihre Umsetzung wird nicht einfach sein. Vor allen Dingen benötigt die NATO mehr personelle und finanzielle Ressourcen, um ihre Ausbildungshilfe für den Irak umfassend und langfristig anzulegen.

Doch viele der Verbündeten verhalten sich reserviert, wenn es

um die NATO-Ausbildungsmission im Irak geht. Obwohl der Warschauer Gipfel die Projektion von Stabilität im Süden des Bündnisgebietes als vorrangiges Ziel benannt und entschieden hat, NATO-Partnerstaaten im Nahen Osten beim Aufbau ihrer militärischen Fähigkeiten zur Selbstverteidigung und im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen, bleibt das Programm für den Irak begrenzt. Viele der Bündnispartner unterstützen das Land im Rahmen von bilateralen Abkommen, so auch Deutschland, das im nördlichen Irak kurdische Peschmerga-Einheiten trainiert und mit Waffen versorgt. Darüber hinaus engagieren sich auch die Vereinten Nationen und die Europäische Union mit Hilfsprogrammen im Irak. Vor allen Dingen kämpft die von den USA geführte breite internationale Koalition (Operation Inherent Resolve) im Irak (und in Syrien) gegen den Islamischen Staat (IS). Auch daran beteiligt sich Deutschland mit Luftbetankung und Aufklärungsmitteln. Vor diesem Hintergrund meinen etliche Bündnispartner, unter anderem auch Deutschland, dass der footprint der NATO im Irak und anderswo im Nahen Osten begrenzt bleiben sollte.

Ob diese Strategie zukünftig Früchte tragen wird, ist jedoch fraglich. Dagegen sprechen vor allem zwei Gründe: Zum einen ist da die für den Irak existentielle Gefahr, die vom IS ausgeht. Zwar konnten die Jihadisten in den vergangenen Monaten durch die Operation Inherent Resolve in etlichen Teilen des Landes zurückgedrängt werden, aber die endgültige Befreiung der Städte Mossul (Irak) und Raqqa (Syrien) steht noch bevor. Doch selbst wenn es gelänge, den IS aus seinem selbsternannten Kalifat zu vertreiben, wird er auch weiterhin eine ernstzunehmende Gefahr für den Irak bleiben, denn schließlich stellt das Land das Kerngebiet des IS dar. Sein Anführer, Abu Bakr al-Baghdadi, stammt aus dem Irak. Er und seine Anhänger werden wahrscheinlich nach einer Niederlage in den Untergrund gehen und von dort aus weiter versuchen, den irakischen Staat mit allen Mitteln zu destabilisieren. Um dies zu verhindern, braucht der Irak fähige Streitkräfte und

Anti-Terrorereinheiten, die die zurückeroberten Gebiete halten und sichern können. Ohne nachhaltige und effektive Unterstützung von außen werden die irakischen Streitkräfte dazu nicht in der Lage sein.

Zum anderen ist da der starke Einfluss des Irans auf den irakischen Nachbarstaat. Nachdem der IS 2013 und 2014 große Teile des Iraks förmlich überrannte, konnte Teheran der schwachen Regierung in Bagdad ohne große Mühe seine Hilfe aufdrängen. Die vom Iran unterstützten schiitischen Milizverbände (Popular Mobilization Units) werden auf ca. 120.000 Soldaten geschätzt, die zumindest nominell als Teil der irakischen Armee an dessen Seite gegen den IS kämpfen. Ob sie sich nach einem Sieg über den IS wieder auflösen werden, erscheint äußerst fraglich, denn damit würde der Iran einen wichtigen Hebel der Einflussnahme auf den Irak einbüßen. Um auf ihre Integration in die regulären irakischen Streitkräfte drängen zu können, benötigt die Regierung in Bagdad aber die politische Unterstützung des Westens.

Von allen internationalen Organisationen hat das Bündnis die meiste Erfahrung, wenn es um die Neuordnung und Ausbildung von Streitkräften fragiler Staaten geht – wie die Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan zeigen. Sinnvoll wäre es, wenn man die diversen multi- und bilateralen Trainingsprogramme unter dem Dach der NATO bündeln würde und die Bündnispartner sich daran machten, sich über ein langfristi-

ges Engagement im Irak Gedanken zu machen. Mit Blick auf die „post-Mossul“-Phase erscheint dies umso wichtiger. Nach der Befreiung der Millionenstadt von den Jihadisten wird die irakische Regierung vor einer Mammutaufgabe stehen: abgesehen von der Versorgung der Bevölkerung mit elementaren Dingen wie Wasser, Nahrung, Unterkünften und medizinischer Betreuung, und der Rückführung der ca. 160.000 aus der Region um Mossul geflohenen Menschen, müssen lokale Sicherheits-, Polizei- und Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden. Ohne die Gewährleistung von Sicherheit wird der Wiederaufbau Mossuls keine Chance haben. Im Wesentlichen wird den irakischen Polizei- und Streitkräften diese Aufgabe zufallen. Sie gilt es mit allen Mitteln zu stärken, vor allen Dingen auch mit Blick auf das künftige Machtgleichgewicht zwischen den nach Unabhängigkeit strebenden Kurden und ihren Peschmergaverbänden im Norden und den vom Iran gesteuerten schiitischen Truppen.

Es ist absehbar, dass die konfessionell-ethnisch, politische und militärische Gemengelage im Irak auf absehbare Zeit sehr schwierig bleiben wird. Ohne eine von der internationalen Gemeinschaft eng koordinierte und umfassende Unterstützungsleistung wird der Irak nur eine geringe Chance auf Frieden und Stabilität haben. Schon einmal haben Amerikaner und Europäer dem Irak den Rücken zugewandt. Das Ergebnis war der militärische Aufstieg des IS. Diesen Fehler sollte man nicht ein zweites Mal begehen.

Anzeige

**MBDA**  
MISSILE SYSTEMS  
EXCELLENCE  
AT YOUR SIDE

**NEUE BEDROHUNGEN  
ERFORDERN NEUE FÄHIGKEITEN**  
MEADS IST LEISTUNGSFÄHIG, BEDROHUNGSGERECHT  
UND ZUKUNFTSSICHER

**ENTSCHEIDUNG FÜR MEADS IST UNSERE VERPFLICHTUNG**  
MEADS erfüllt die Anforderungen an das künftige Taktische Luftverteidigungssystem (TLVS) der Bundeswehr: Nachgewiesener 360-Grad Rundumschutz und offene Systemarchitektur, überlegene Mobilität, höhere Durchhaltefähigkeit, geringere Lebenszykluskosten.  
Mit unseren Fähigkeiten stehen wir für die robuste Einführung von TLVS.

AIR DOMINANCE AIR DEFENCE MARITIME SUPERIORITY BATTLEFIELD ENGAGEMENT

www.mbda-systems.com

# WARUM MEDIENPOLITIK AUCH SICHERHEITSPOLITIK IST



Markus Blume Mdl.

VON MARKUS BLUME,  
MITGLIED DES BAYERISCHEN LANDTAGS, STELLVERTRENDER CSU-GENERAL-  
SEKRETÄR UND VORSITZENDER DES CSU-GRUNDSATZKOMMISSION

Fake News, Social Bots und Co. gehören im Wahlkampf 2017 zum allgemeinen Wortschatz. Seit der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten besteht die latente Sorge, dass ausländische Mächte mit Cyber-Attacken auch in den Bundestagswahlkampf eingreifen. Weitgehend unbeachtet im riskanten Schatten von Hackerangriffen liegt dabei die Gefahr von Meinungsmanipulation. Die Tatsache, dass wir uns heute mit der Gefahr eines solchen Angriffs auf die Meinungsbildung in unserem Land auseinandersetzen müssen, zeigt das Ausmaß des Medienwandels, der längst auch einen Politikwandel eingeleitet hat. Anfangs auf die nationale Ebene beschränkt, greift dieser Prozess inzwischen selbst auf die internationale Politik über. Daher müssen der Medienwandel und seine Folgen in Form des Öffentlichkeits- und Politikwandels auch Gegenstand sicherheitspolitischer Analysen sein.

## Falschmeldungen bestimmen die Welt – die zerstörerische Kraft von Fake News

Was schon immer Potenzial für politische Verwerfungen hatte, sind Falschmeldungen. Das berühmteste Beispiel für eine Falschmeldung mit verheerenden Konsequenzen ist die Emser Depesche, die mitschuldig war am Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71. Was damals ein verkürztes Telegramm war, ist heute eine vermeintliche Nachricht, die ohne Angabe des Urhebers viral streut. Angelegt sind Fake News darauf, den Leser zu emotionalisieren und seine Meinung zu beeinflussen. Die angebliche Vergewaltigung durch Bundeswehrangehörige in Litauen im Februar ist nur ein Beispiel von vielen. Zwar war die Lüge schnell enttarnt, doch muss man sich vor Augen führen, wie viele Ressourcen dadurch gebunden wurden – und wie schwer es generell ist, etwas aus der Welt zu bringen, wo der Gegenbeweis manchmal schwer gelingt und häufig weniger überzeugend als die Lüge selbst erscheint. Das Schadpotenzial von Falschmeldungen in der heutigen Zeit ist jedenfalls gewaltig. Eine gravierende Fake News vor der Bundestagswahl: Das kann auch wahlentscheidend sein.

## Gatekeeper verschwinden – das revolutionäre Potenzial von radikaler Öffentlichkeit

Politische Folgen hat auch die Veränderung der medialen Öffentlichkeit. Heute sind es nicht mehr Journalisten alleine, die Ordnung in die Informationsvielfalt bringen. Die Digitalisierung gibt praktisch jedem Einzelnen die Möglichkeit eines eigenen Kanals. Das journalistische Handwerkszeug heißt

heute Smartphone. An den Anfängen dieses Öffentlichkeitswandels stand die These, damit einen Demokratisierungsschub zu induzieren. Mehr Transparenz, mehr Information, mehr Diskussion, mehr Mobilisierung – so lauteten die Losungen. Nie war es leichter, seine Sicht auf die Welt zu publizieren, zu teilen und Anhänger dafür zu gewinnen. Vergleicht man, wie lange es 1989 dauerte, das Volk vor die Nikolai-Kirche zu bringen, und wie schnell heute der Majdan oder der Taksim-Platz gefüllt werden, wird – ohne Wertung des Anlasses – dieses Potenzial deutlich. In der Ukraine und Tunesien sprach man bereits von Facebook-Revolutionen.

Doch die Instrumente sind nicht Paradedemokraten vorbehalten, sie spielen auch autoritären und totalitären Regimen in die Karten. Denken wir beispielsweise an die Youtube-Videos des sogenannten Islamischen Staats oder die Gewaltorgie in der Nacht des 16. Juli 2016, als der türkische Präsident seine Anhänger per Smartphone-Schaltel auf die Straße beorderte. Auch die Haltung des amerikanischen Präsidenten, klassische Medien zu beschimpfen und Twitter als Sprachrohr zu nutzen, hat eher zu einer Radikalisierung des Diskurses geführt. Somit wird deutlich: Die neuen Möglichkeiten radikaler Öffentlichkeit können auch die Demokratie radikalieren und ultimativ destabilisieren.

## Algorithmen übernehmen – die manipulative Wirkung der Meinungshöhlen

Politisch brisant wird beides – die Kombination von radikaler Öffentlichkeit und möglichen Falschmeldungen – durch die verstärkende Wirkung der Echokammern in den sozialen Netzwerken. Nach groben Schätzungen informierten sich rund 40 % der Wähler im US-Präsidentschaftswahlkampf ausschließlich über Facebook. Natürlich funktioniert die Meinungsbildung der Wahlberechtigten bei uns anders. Aber wie lange noch? Und was heißt das für die demokratische Meinungs- und dann Willensbildung? In der digitalen Welt der meinungsbildenden sozialen Netzwerke entscheidet heute nicht mehr zwingend die Macht des Arguments, sondern zunehmend die Macht des Algorithmus. Er entscheidet, was Menschen sehen und lesen. Er erst lässt die digitalen Echokammern entstehen, aus denen Meinungshöhlen werden – weil dort jeder die eigene Meinung bestätigt findet und mit echtem Diskurs und widerstreitenden Argumenten nicht mehr behelligt wird.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, wie verlockend es sein kann, in diese Meinungshöhlen etwas gedanklich einzupflanzen, das seine vergiftende Wirkung schleichend und zunächst ganz subkutan entfaltet. Wohlgermerkt, wir reden von einer Manipulation, die am Wähler ansetzt, nicht an der Urne oder den Stimmzetteln. Klassische Wahlbeobachter,

wie die OSZE sie entsendet, hätten nichts zu beanstanden. Und dennoch ist die Gefahr, die hiervon ausgeht, weitaus größer. Gesteuerte Meinungsmache im Internet – vielleicht gar gestützt von Trollen und Social Bots als Meinungsrobotern: Das manipuliert zunächst Wähler, beeinflusst dann Wahlen und destabilisiert am Ende vielleicht das politische System und damit ganze Staaten als solche.

## Leitplanken einziehen – abwehrbereit sein!

Es ist nicht zu spät, aber offenkundig höchste Zeit: Wir müssen unsere Demokratie widerstandsfähig machen, wir brauchen demokratische Resilienz für unsere Gesellschaft. Das ist eine Aufgabe, die mehr erfordert als warme demokratietheoretische Worte und wohlfeile medienpolitische Bekenntnisse. Denn was wirklich Not tut, ist zunächst einmal digitale Aufklärung, die weit über das populäre Stichwort der Medienkompetenz hinausgeht. Das Bewusstsein für unsere digitale Verwundbarkeit setzt sich ohnehin nur langsam durch. Umso wichtiger ist es, die Menschen dafür zu sensibilisieren, dass Cyber-Sicherheit nicht nur Regierungs- und Versorgungsnetze betrifft, sondern auch unsere sozialen Netzwerke und die mediale Öffentlichkeit im weitesten Sinne. Diese Aufgabenstellung reicht weit über den nächsten Bundestagswahlkampf hinaus, sie liegt in unserem langfristigen nationalen und europäischen Sicherheitsinteresse.

Medienpolitik ist in Zukunft deshalb auch Sicherheitspolitik. Wir müssen die Medienpolitik aus der Nische holen und sie in den unmittelbaren Dienst zum Erhalt der freiheitlichen

demokratischen Grundordnung in unserem Land stellen. Unsere Medienordnung muss wehrhaft sein und dazu klare Leitplanken setzen. Das heißt in erster Linie, Pluralismus und Meinungsvielfalt zu sichern. Darauf müssen wir insbesondere auch die Plattformen und Netzwerke verpflichten, die sich bisher jeder Regulierung entziehen wollen. Wer ein schwarzes Brett anbietet, der kann sich nicht von jeder Verantwortung für dort erfolgende Proklamationen freimachen. Das galt früher und das muss auch heute gelten. Wir brauchen aber auch Orte des Vertrauens und der Qualität. Seriöse, faktenorientierte und neutrale Berichterstattung war der Urauftrag für den öffentlichen Rundfunk in Deutschland. Und der ist heute aktueller denn je.

Neben all diesen präventiven Maßnahmen brauchen wir neue sicherheitstechnische und militärische Fähigkeiten. So gesehen ist Medienpolitik heute umgekehrt auch integraler Bestandteil querschnittlich gedachter Sicherheitspolitik. Wenn ein Anschlag auf unsere Ordnung im Gewand von Meinungsrobotern oder durch anderweitige Cyber-Attacken droht, müssen wir abwehrbereit und nötigenfalls zum Gegenschlag gerüstet sein. Wir müssen in der Lage sein, Angriffe zu erkennen, sie zurückzuverfolgen und zu unterbinden. Die bisherigen Bemühungen in dieser Richtung – gerade auch im Bereich der Bundeswehr – sind lobenswert, es ist aber noch viel zu tun und noch mehr zu entwickeln. Vielleicht gibt es ja dereinst sogar Algorithmen, die im Auftrag unserer Demokratie unterwegs sind.

Anzeige

**ESG**

DEDICATED TO SOLUTIONS

**Security integrated.**

Digitalisierung und Vernetzung benötigen zuverlässige IT-Systeme und sind Schlüsselfaktoren für eine funktionierende Verteidigung, Sicherheit, Wirtschaft und Verwaltung.

Seit 50 Jahren vertrauen unsere Kunden auf unsere Kompetenz im IT- und im sicherheitskritischen Umfeld. Mit dem Anspruch „Security made in Germany“ bieten wir:

- ▶ Cyber Security & Intelligence Services
- ▶ Data Science & IT-Services
- ▶ Cyber Training & Simulation Center
- ▶ Cyber Labs

Erfahren Sie mehr:

[WWW.ESG.DE](http://WWW.ESG.DE) / [CYBER-IT@ESG.DE](mailto:CYBER-IT@ESG.DE)  
[WWW.CYBERTRAINING.ESG.DE](http://WWW.CYBERTRAINING.ESG.DE)

## POLIZEI UND BUNDESWEHR: GEMEINSAM SCHÜTZEN WIR BAYERN



Joachim Herrmann Mdl.

**VON JOACHIM HERRMANN,  
BAYERISCHER STAATSMINISTER DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR,  
MITGLIED DES BAYERISCHEN LANDTAGS**

Im zurückliegenden Jahr haben die schrecklichen Anschläge in Würzburg und Ansbach gezeigt, dass Deutschland und auch Bayern im Visier des internationalen islamistischen Terrorismus stehen. Zuletzt hat uns der menschenverachtende terroristische Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt mit 12 Todesopfern erneut vor Augen geführt, wie verwundbar unsere freie und moderne Gesellschaft ist.



Als Bayerischer Innenminister habe ich mit dem Konzept „Sicherheit durch Stärke“ vom Juli 2016 und dem „Sofortprogramm Innere Sicherheit“ vom Januar 2017 einen Schwerpunkt auf die personelle und logistische Verstärkung der Bayerischen Polizei gesetzt. Hierzu wollen wir bis 2020 2.000 neue Stellen bei der Bayerischen Polizei schaffen, sie mit modernster Ausrüstung ausstatten sowie unsere Observations- und Spezialeinsatzkräfte bei Polizei und Verfassungsschutz stärken.

Obwohl unsere Polizei schon sehr gut aufgestellt ist, kann sie in extremen Terrorlagen personell und auch logistisch an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. In derartigen Fällen hätten

die Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis, wenn Bundeswehrosoldaten, die einsatzbereit zur Verfügung stünden, nicht zum Schutz der Bevölkerung eingesetzt würden. Deshalb habe ich bereits letztes Jahr eine länder- und ressortübergreifende Stabsrahmenübung von Polizei und Bundeswehr angeregt. Nach unserem Grundgesetz ist ein Einsatz der Bundeswehr bei besonders schweren Unglücksfällen nach Art. 35 GG möglich. Damit im möglichen Ernstfall alles glatt läuft, war es immens wichtig, die Eingliederung der Streitkräfte in die polizeilichen Einsatzstrukturen zu proben, die Kommunikationswege zu testen und das gegenseitige Leistungsspektrum kennenzulernen.

Vom 7. bis 9. März 2017 haben die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein sowie das Bundesministerium des Innern, das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und die Bundeswehr den gemeinsamen Einsatz im Rahmen der Gemeinsamen Terrorismus-Abwehr-Exercise (GETEX) 2017 trainiert. Es handelte sich dabei um eine reine Stabsrahmenübung, die sich ausschließlich auf die Einsatzkoordination der Polizeiführungsstäbe und der Einsatzstäbe der Bundeswehr beschränkte.

In Bayern waren der Koordinierungsstab der Polizeiabteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr, die Führungsstäbe der Polizeipräsidien München, Oberbayern Süd, Oberfranken und der Bereitschaftspolizei sowie eine Führungsgruppe des Bayerischen Landeskriminalamtes an der Übung beteiligt. Rund 180 Beamtinnen und Beamte des Freistaats übten die Zusammenarbeit nach einem komplexen Drehbuch mit mehreren zum Teil parallel verlaufenden Anschlagseignissen. In dem Szenario waren beispielsweise ein Terroranschlag auf ein Reisedepter mit vielen Toten und Verletzten, eine Geiselnahme in einem Bus und ein geplanter Anschlag auf ein Krankenhaus zu bewältigen. Auch die Bundespolizei, das THW und selbstverständlich die Bundeswehr waren mit Verbindungskräften in den polizeilichen Führungsstäben vertreten.



Im Übungsszenario lagen in Bayern die Voraussetzungen für einen Antrag auf Einsatz der Bundeswehr nach Art. 35 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 GG vor. Die Bundeswehr konnte der Polizei demnach technisch-logistische Amtshilfe leisten, aber in besonderen Einsatzsituationen auch hoheitliche Befugnisse ausüben. Der Einsatz der Soldatinnen und Soldaten erfolgt dabei unter polizeilicher Führung.

Als bayerischer Innenminister war ich in die GETEX-Übung eng eingebunden. Am ersten Übungstag habe ich mich in unserem bayerischen Koordinierungsstab mit dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Sachsens Innenminister Markus Ulbig über die Übungsabläufe und -inhalte informiert. Auch Abgeordnete des Bayerischen Landtages konnten sich ein Bild über die Bewältigung der „Einsatzlage“ machen.

Am letzten Übungstag am 9. März 2017 habe ich gemeinsam mit Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen und dem bayerischen Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber in der Werdenfeller Kaserne in Murnau ein praktisches Übungsszenario aus der Stabsrahmenübung besucht. Es ging um eine gemeinsame Kontrollstelle von Polizei und Bundeswehr mit anschließendem Fund eines sprengstoffverdächtigen Gegenstands. Vor Ort waren verschiedene Einheiten und spezielle Einsatzmittel wie Hubschrauber, besonders geschützte Fahrzeuge, Aufklärungsdrohnen und Sprengstoffentschärfungsroboter. Auch hier war im Übrigen das Medienecho ausgesprochen groß. Das zeigt, wie wichtig das Thema in der öffentlichen Wahrnehmung ist.

Wie uns erste Auswertungen der Übung zeigen, war GETEX ein großer Erfolg und hat uns viele wichtige Erkenntnisse

gebracht. Es besteht kein Zweifel, dass die Bundeswehr in einer extremen Terrorlage wertvolle Dienste und wichtige Aufgaben für die Polizei leisten kann, nicht nur in der Logistik. Dazu gehören beispielsweise der Schutz eines Krankenhauses oder großer Verkehrseinrichtungen, die Beseitigung von Sprengmitteln und die Unterstützung bei Fahrzeugkontrollstellen. Die Übung hat uns aber auch gezeigt, wo die Zusammenarbeit noch besser und schneller werden muss. Beispielsweise müssen wir Lösungen für eine verlässliche und sichere Kommunikationsstruktur zwischen Polizei und Bundeswehr finden.

Außerdem müssen die Reaktionszeiten auf Seiten der Bundeswehr verkürzt werden. Nach einer detaillierten Auswertung der Erfahrungen aus der Stabsrahmenübung wollen wir mit der Bundeswehr in einem zweiten Schritt die erfolgreiche Zusammenarbeit weiter vertiefen. Deshalb beginnen im Anschluss die Planungen für eine praktische Einsatzübung von Polizei und Bundeswehr.

Schon jetzt ist für mich klar, dass wir für einen leichteren Einsatz der Bundeswehr im Innern eine entsprechende Grundgesetzänderung brauchen. Angesichts der realen Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus sollten die Fähigkeiten der Bundeswehr schon dann eingesetzt werden können, wenn die Mittel der Polizei von Bund und Ländern für die Abwehr und Bekämpfung solcher Bedrohungen allein nicht mehr ausreichen, ohne dass die engen Voraussetzungen nach Art. 35 GG vorliegen müssen. Denn wir müssen alles unternehmen, um die Innere Sicherheit für die Menschen in unserem Land weiter zu stärken.

# STANDPUNKT: ARMEE MIT GELBER FLAGGE

VON ANDRÉ WÜSTNER,  
BUNDESVORSITZENDER DES DEUTSCHEN BUNDESWEHR VERBANDES,  
OBERSTLEUTNANT



André Wüstner

Auf der Schießbahn haben Flaggen eine besondere Bedeutung. Sie signalisieren den Ladezustand eines Panzers. Ist dieser feuerbereit, wird eine rote Flagge gehisst. Eine grüne Flagge zeigt an, dass die Waffen gesichert sind. Tritt jedoch eine Störung auf, signalisiert dies eine gelbe Flagge. Würde die

Bundeswehr aus nur einem Panzer bestehen – an ihm wäre vermutlich die gelbe Flagge befestigt.

Die Reformen der letzten Jahrzehnte hatten trotz klangvoller Namen wie „Transformation“ oder „Neuausrichtung“ stets das Ziel, die Bundeswehr zu verkleinern und Einsparungen vorzunehmen. Schließlich galt seit 1990 das Paradigma, dass die Ära der Landesverteidigung und damit die Zeit großer Massenarmeen beendet sei.

Die Bundeswehr wurde in den letzten zwei Jahrzehnten mit den Kriegen auf dem Balkan und vor allem durch den Einsatz in Afghanistan konsequent auf Auslandseinsätze ausgerichtet. Eine kleine, professionelle und vor allem effiziente – sprich kostengünstige – Freiwilligenarmee sollte die Bundeswehr werden. Dies war ein Grund, warum der letzte CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg die Wehrpflicht aussetzte. Nun folgt unter dem Eindruck der russischen Aggression auf der Krim die Kehrtwende.

Zukünftig soll die Bundeswehr wieder das gesamte Fähigkeitsspektrum, von den Auslandseinsätzen bis zur Landes- und Bündnisverteidigung beherrschen.

Dabei wird übersehen, dass es deutlich einfacher ist, ein Haus abzureißen, als ein neues aufzubauen. Alleine im Bereich des Personalaufbaus dauert es bis zu sieben Jahre, bis ein Soldat auf dem Dienstposten eingesetzt werden kann, für den er ausgebildet wird. Im Bereich der Rüstung muss gar in Dekaden gedacht werden. Für Spötter wäre wohl der BER der passende Flughafen für den Pleiteflieger A400M. Die Liste gescheiterter oder verzögerter Rüstungsprojekte ließe sich mit dem Schützenpanzer Puma oder der Euro-Hawk-Drohne beliebig fortsetzen.

Im Kalten Krieg wurde gerne gefrotzelt, dass die Bundeswehr nur dazu da sei, um den Feind aufzuhalten, bis die „richtige“ Armee, sprich die U.S. Army, kommt. In der aktuellen Lage

wäre weder eine Bundeswehr da, noch wäre nach dem Amtsantritt Donald Trumps auf die Amerikaner Verlass.

Dabei ist die Bedrohungswahrnehmung bei unseren östlichen Verbündeten ähnlich wie in Westdeutschland zu Zeiten des Kalten Krieges.

Damit wir wieder eine einsatzbereite Bundeswehr erhalten, die ihre Aufgaben effizient wahrnehmen kann, sind enorme Anstrengungen notwendig. Das Fundament für den Wiederaufbau der Streitkräfte ist neben dem gesellschaftlichen Rückhalt der politische Wille. Es ist gut, dass sich die CSU in ihrem aktuellen Grundsatzprogramm als „Partei der Bundeswehr“ bekennt und Druck ausübt, um dieses Ziel zu erreichen.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist auch die Entscheidung, dass die Bundeswehr erstmals seit einem Vierteljahrhundert wachsen soll. So hat das Bundesministerium der Verteidigung jüngst verkündet, dass die Bundeswehr bis zum Jahr 2024 198.000 Soldaten und 63.400 Zivilbeschäftigte umfassen soll.

Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn es gelingt, ausreichend junge Menschen für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen. Diese Erkenntnis ist simpel, ihre Umsetzung ist es nicht. Der demografische Wandel schränkt den Bewerberpool für die Bundeswehr ein. Zudem konkurriert sie mit anderen Arbeitgebern im öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft. Attraktive Rahmenbedingungen schaffen die Basis für die Nachwuchsgewinnung. Doch erst die gesellschaftliche Anerkennung für den Soldatenberuf motiviert junge Menschen dazu, Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes zu übernehmen. Verteidigung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden. Deshalb fordern wir nicht nur im Bundestagswahlkampf einen gesellschaftlichen Diskurs über die Bundeswehr. Der Dialog zwischen Politik und Bevölkerung über Grundsätze und Ziele der deutschen Sicherheitspolitik muss kontinuierlich im Sinne des Weißbuchprozesses fortgesetzt werden. Nicht nur das „Ob?“ und das „Wie?“ der jüngsten Reformversuche muss beantwortet werden, sondern vor allem das „Wozu?“.

Eine regelmäßig stattfindende sicherheitspolitische Generaldebatte im Deutschen Bundestag, unter Beteiligung der gesamten Bundesregierung würde hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Das Parlament, das über den Einsatz „seiner“ Armee entscheidet, sollte auch deren strategischen Rahmen vorgeben sowie den Erfolg vergangener Einsätze diskutieren und evaluieren. Vor allem aber müssen die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Wenn dies gelingt, stehen die Chancen gut, dass bei der Bundeswehr wieder die grüne Flagge gesetzt werden kann.